BufaS e.V.
c/o HILFE-FÜR-JUNGS e.V.
Kirchbachstraße 5
10783 Berlin

info@bufas.net
www.bufas.net

**Bündnis der Fachberatungsstellen
für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter**

Rechte stärken statt kriminalisieren

Position des bufaS e.V. zum Umgang mit Sexarbeit in Deutschland

Wer wir sind

Das Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeitende (bufas e.V.) vertritt bundesweit 36 Fachberatungsstellen unterschiedlicher Trägerschaft. Unsere Mitgliedsorganisationen arbeiten niedrigschwellig, akzeptierend und vielfach aufsuchend mit Sexarbeitenden. Einige Einrichtungen beraten zudem auch Opfer von Menschenhandel und sexuellen Zwangslagen.
Die Wurzeln des Bündnisses reichen bis zur 1985 gegründeten Arbeitsgruppe „Recht und Prostitution“ zurück; 2009 wurde sodann bufaS als Verein gegründet. Darüber hinaus begleitet und berät ein Beirat aus Sexarbeitenden unsere Arbeit.
Unser Ziel ist die nachhaltige Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Sexarbeitenden, ihre rechtliche und soziale Gleichstellung mit anderen Erwerbstätigen sowie die Stärkung professioneller Beratungs- und Unterstützungsstrukturen. Unsere Positionen beruhen dabei auf der langjährigen Erfahrung der Fachberatungsstellen und dem unmittelbaren Kontakt zu Menschen in sehr unterschiedlichen Bereichen und Lebenslagen der Sexarbeit.

Unsere Grundposition: Sicherheit entsteht durch Rechte

Sexarbeit findet unter sehr unterschiedlichen Bedingungen statt: Menschen arbeiten selbstständig oder abhängig beschäftigt, auf der Straße, in Prostitutionsstätten, im Escortbereich oder zunehmend digital. Ihre ökonomischen und sozialen Situationen, ihre Geschlechtsidentitäten, Herkunftsgeschichten und Unterstützungsbedarfe unterscheiden sich erheblich.
Eine wirksame Prostitutionspolitik muss diese unterschiedlichen Lebensrealitäten anerkennen, Selbstbestimmung ermöglichen und zugleich wirksamen Schutz vor Gewalt, Ausbeutung und Menschenhandel gewährleisten.
Aus unserer Beratungspraxis wissen wir: Sicherheit entsteht vor allem dort, wo Menschen Rechte tatsächlich wahrnehmen können, Zugang zu Gesundheitsversorgung und sozialer Absicherung haben, an legalen und erreichbaren Orten arbeiten können und Vertrauen in Beratungsstellen und staatliche Institutionen besteht.
Deshalb lehnt die bufaS e.V. eine Politik ab, die Sexarbeit oder wesentliche Teile ihrer Ausübung kriminalisiert und Menschen dadurch in schwer erreichbare und unsichere Arbeitsbedingungen verdrängt.

Warum wir Kriminalisierung ablehnen

Die bufaS e.V. lehnt die Einführung einer Verbotslösung durch die Kund*innenkriminalisierung ab.
Zwar richtet sich die unmittelbare Strafbarkeit bei dieser Politik gegen Kund*innen und nicht gegen Sexarbeitende, dennoch betreffen die Auswirkungen einer solchen Regulierung unmittelbar auch die Arbeitsbedingungen der Sexarbeitenden. Nicht nur zahlreiche Studien, sondern auch die Erfahrungen unserer Fachberatungsstellen – etwa während der pandemiebedingten Tätigkeitsverbote – zeigen, dass

Sexarbeit durch Verbote nicht zwangsläufig verschwindet. Sie kann sich vielmehr in weniger sichtbare und für Beratung und Unterstützung schwerer erreichbare Bereiche verlagern.
Eine solche Entwicklung ist aus unserer Sicht gerade für Menschen problematisch, die bereits unter prekären Bedingungen arbeiten. Wenn Arbeitsorte unsichtbarer werden, weniger Zeit für die Auswahl von Kund*innen und Preisverhandlungen bleibt oder gemeinsames Arbeiten erschwert wird, können wichtige Schutzmöglichkeiten verloren gehen. Zugleich können Stigmatisierung und Marginalisierung verstärkt und der Zugang zu Beratung, Gesundheitsversorgung und Behörden erschwert werden.
Internationale Forschung weist ebenfalls auf negative Zusammenhänge zwischen repressiven beziehungsweise kriminalisierenden Rahmenbedingungen und Gesundheit, Sicherheit sowie Gewalterfahrungen von Sexarbeitenden hin. Erfahrungen mit Entkriminalisierung, beispielsweise in Neuseeland, zeigen demgegenüber Möglichkeiten auf, Rechte, Verhandlungsmöglichkeiten und den Zugang zum Rechtssystem zu stärken.

Sexarbeit und Menschenhandel differenzieren

Die Ablehnung von Kriminalisierung bedeutet nicht, Gewalt, Ausbeutung oder Menschenhandel zu verharmlosen. Im Gegenteil: Menschen in Zwangs- und Ausbeutungssituationen benötigen konsequenten Schutz. Dafür ist es notwendig, Sexarbeit und Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung fachlich und rechtlich klar voneinander zu unterscheiden. Werden beide Bereiche pauschal gleichgesetzt, besteht die Gefahr, dass selbstbestimmt arbeitende Menschen kriminalisiert oder stigmatisiert werden, während tatsächliche Zwangs- und Ausbeutungssituationen nicht zielgerichtet erkannt und bekämpft werden.
Menschenhandel lässt sich besser erkennen, wenn Betroffene erreichbar sind, Vertrauen zu Fachberatungsstellen und Behörden entwickeln können und nicht befürchten müssen, durch die Inanspruchnahme von Hilfe selbst negative Konsequenzen zu erfahren. Dafür braucht es spezialisierte und verlässlich finanzierte Beratungsstellen, niedrigschwellige Möglichkeiten zur Meldung von Gewalt, eine verlässliche Prozessbegleitung sowie Schutz unabhängig von Aufenthaltsstatus und Aussagebereitschaft.

Was wir stattdessen brauchen

Eine Politik, die die Situation von Sexarbeitenden tatsächlich verbessern will, darf sich deshalb nicht in der Frage nach Verbot oder Erlaubnis erschöpfen. Sie muss die Bedingungen in den Blick nehmen, unter denen Menschen leben und arbeiten. Wir fordern deshalb:

1. **Sichere und legale Arbeitsorte statt Verdrängung.** Restriktive Sperrgebietsregelungen müssen überprüft und reformiert werden. Insbesondere in der straßenbasierten Sexarbeit braucht es erreichbare und sichere Arbeitsorte mit Beleuchtung, sanitären Einrichtungen, Notrufmöglichkeiten sowie Aufenthalts- und Rückzugsräumen. Solche Orte sollten eng mit aufsuchender Sozialarbeit verbunden sein.
2. **Gesundheitsversorgung und soziale Absicherung für alle.** Notwendig sind niedrigschwellige Zugänge zur Krankenversicherung, anonyme und kostenfreie medizinische Angebote, mobile Gesundheitsversorgung und ein besserer Zugang zu Sozialleistungen und Wohnraum. Ökonomische Notlagen, Wohnungslosigkeit und fehlende soziale Absicherung erhöhen Abhängigkeiten und können Menschen besonders vulnerabel für Ausbeutung machen.
3. **Beratung ausbauen und dauerhaft finanzieren.** Fachberatungsstellen müssen flächendeckend, niedrigschwellig, akzeptierend und ergebnisoffen arbeiten können. Neben klassischer aufsuchender Arbeit braucht es angesichts der zunehmenden Verlagerung von Sexarbeit in digitale Räume auch Digital Streetwork und Onlineberatung.

4. **Stigmatisierung und Diskriminierung abbauen.** Sexarbeitende müssen Behörden, Polizei, Gesundheitsversorgung und soziale Dienste in Anspruch nehmen können, ohne Abwertung oder Diskriminierung befürchten zu müssen. Dafür braucht es sensibilisierte Fachkräfte, feste Ansprechpersonen, niedrigschwellige Meldemöglichkeiten bei Gewalt sowie eine konsequente Berücksichtigung von Mehrfachdiskriminierung.
5. **Besondere Bedarfe ernst nehmen, ohne pauschale Verbote zu schaffen.** Drogengebrauchende, migrantisierte, junge, schwangere, männliche und queere Sexarbeitende sowie Menschen in der straßenbasierten Sexarbeit benötigen teilweise spezifische Unterstützungsangebote. Dazu gehören unter anderem Drogenhilfe und Substitution, mehrsprachige Beratung, aufenthaltsrechtliche Perspektiven, altersgerechte Peer-Angebote, spezifische Gesundheitsversorgung sowie soziale Absicherung während einer Schwangerschaft. Pauschale Tätigkeitsverbote sind hierfür keine geeignete Antwort.
6. **Sexarbeitende konsequent beteiligen.** Politische Entscheidungen über Sexarbeit dürfen nicht ausschließlich über die Betroffenen hinweg getroffen werden. Sexarbeitende und ihre Interessenvertretungen müssen an Gesetzgebung, Evaluation und der Entwicklung von Schutzkonzepten beteiligt werden. Unterschiedliche Erfahrungen und Lebenslagen innerhalb der Branche müssen dabei berücksichtigt werden.

Schutz und Selbstbestimmung gehören zusammen

Die politische Debatte um Sexarbeit wird häufig so geführt, als müsse zwischen Schutz und Selbstbestimmung entschieden werden. Aus unserer langjährigen fachlichen Praxis mit über 1000 Beratungen jährlich ergibt sich ein anderes Bild:

Menschen können Unterstützung benötigen und dennoch handlungsfähig sein. Sie können unter prekären Bedingungen arbeiten und dennoch eigene Entscheidungen treffen. Ebenso können Menschen, die ihre Tätigkeit grundsätzlich selbstbestimmt ausüben, Gewalt oder Ausbeutung erfahren und Anspruch auf Schutz haben.

Eine wirksame Politik muss deshalb Vulnerabilität anerkennen, ohne Menschen ihre Handlungsmacht abzusprechen. Sie muss Möglichkeiten eröffnen, statt sie durch Verbote weiter einzuschränken.

Wer die Sexarbeit verlassen möchte, braucht realistische und ausreichend finanzierte Möglichkeiten dazu: soziale Absicherung, bezahlbaren Wohnraum, Zugang zu Bildung und Qualifizierung sowie berufliche Alternativen. Unterstützung darf jedoch nicht davon abhängig gemacht werden, dass eine Person die Sexarbeit beendet. Auch Menschen, die weiterhin in der Sexarbeit tätig sein wollen oder müssen, haben Anspruch auf Gesundheit, Sicherheit, Beratung und die uneingeschränkte Wahrnehmung ihrer Rechte.

Unser Ziel: Mehr Rechte, mehr Sicherheit, mehr Handlungsmöglichkeiten

bufaS e.V. steht für eine Prostitutionspolitik, die sich an den tatsächlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen orientiert und die Ursachen prekärer Lebenslagen vor dem Hintergrund sozialarbeiterischer Expertise bearbeiten will. Unser Ziel ist weder die Verharmlosung problematischer Arbeitsbedingungen noch ihre Bekämpfung durch Kriminalisierung. Wir wollen Bedingungen verändern, die Menschen verletzlich machen: Armut und fehlende soziale Absicherung, Wohnungslosigkeit, restriktive Migrationsbedingungen, Stigmatisierung und Diskriminierung, fehlender Zugang zu Gesundheitsversorgung sowie unzureichende Möglichkeiten, Rechte gegenüber Kund*innen, Betreibenden und Behörden durchzusetzen. Schutz vor Gewalt, Ausbeutung und Menschenhandel, das Recht auf Selbstbestimmung und gute Arbeitsbedingungen stehen dabei nicht im Widerspruch.

Für uns bedeutet eine wirksame Prostitutionspolitik deshalb: Rechte stärken statt kriminalisieren, Zugänge schaffen statt verdrängen und Sexarbeitende beteiligen statt über sie hinweg zu entscheiden.